

## Vereinbart war Vorrang für die Schiene

Pro-Straße-Verkehrspolitik von FDP-Minister Wissing: „Freie Fahrt in den Stau“, FR-Meinung vom 13. Dezember

Nicht mehr zu überbieten ist mittlerweile Verkehrsminister Wissing: Hat noch keinen einzigen der mehr als 4500 stillgelegten Eisenbahnkilometer wieder flottgemacht und darauf Züge in Bewegung gesetzt, legt aber 47 neue Straßenbauprojekte incl. Autobahnen und Schnellstraßen vor, mit Aussetzen der Umweltverträglichkeitsprüfungen und verkürzten Genehmigungsverfahren sowie dem Recht zu Vorbaumaßnahmen, also noch vor positivem Abschluss dieser Prüfungen und Verfahren, und das alles, obgleich die Schiene auch

nach Koalitionsvertrag Vorrang hat, weigert sich des weiteren in der BRD trotz Welternährungs- und Hungerkrise laut Greenpeace Getreide für 15 Millionen Brote – im Tank zu stoppen. Und es kommt noch toller: Wissing verteidigt sich damit, dass nur zehn Prozent des Güterverkehrs auf der Schiene, also 90 Prozent minus des Transports auf Flüssen und Kanälen auf der Straße stattfinden. Warum? Weil, wie es Wissing noch will und fortsetzen will, die Straße gegenüber der Schiene Vorzug hat und er nicht wahrhaben will, dass neue Stra-

ßen mehr Straßenverkehr nach sich ziehen. Er glaubt, dass dieser Verkehr damit abnimmt, dann also weniger Brummis auf den Straßen fahren und mehr Container sich auf Güterwagen der Bahn befinden. Oder noch besser: diese Brummis samt Containern gleich auf Auto-Überstellzüge von West nach Ost, von Nord nach Süd geladen werden. Man muss also nach Wissing neue Straßen incl. Autobahnen bauen, damit mehr Verkehr auf die Schiene kommt – paranoider geht's wahrlich nimmermehr.

Manfred Wetzel, Agathenburg

## Die Finanzierung der Kliniken ist prekär

Gesundheitspolitik: „Weniger ist mehr. Wirklich?“, FR-Wirtschaft vom 18. November

Eine Studie zur Überlebensrate bei Frühgeburten wird wie so viele andere Studien der privaten Bertelsmann-Stiftung, der privaten Münch-Stiftung und weiterer Gesundheitsökonominnen genutzt, um massive, sich beschleunigende Krankenhausschließungen zu rechtfertigen. Es geht um eine eiskalte Strukturereinigung. Der Grund ist so einfach wie komplex. Die Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser ist prekär: Die Finanzierung über Fallpauschalen führt zu einer falschen Steuerung, und die Investitionen sind – wie in anderen Be-

reichen der Daseinsvorsorge auch – heruntergefahren. Also müssen aus dem Personal Finanzmittel herausgepresst werden. Ergebnis: Überforderung, Personalmangel, Flucht aus dem Beruf. Statt diese Probleme anzugehen und für eine solide Finanzierung der Daseinsvorsorge auch eine überfällige steuerliche Umverteilung anzugehen, nutzt die Politik einen anderen Weg, ohne darüber zu sprechen: Milliarden zirkulierender Euros und Dollars suchen Anlagemöglichkeiten, übernehmen Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Arztketten und

ziehen Gewinne heraus. Die Politik unterstützt diesen Weg, nicht in allen Fällen so krass wie in Hessen, wo sogar eine Uniklinik privatisiert wurde. Studien wie die um Frühgeburten werden dazu benutzt, um für weitere Schließungen von Krankenhäusern und Geburtsstationen und ihre Konzentration zu werben. Dabei liegt das Problem, wie die Autorin richtig schreibt, in der großen Mehrheit der Geburtsfälle in der Fläche und schnellen Erreichbarkeit. Und dies gilt nicht nur für Geburtsstationen.

Herbert Storn, Bad Vilbel



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20221213](http://frblog.de/f20221213)

## Eher vernünftig

Zu: „Ein kleines Vermögen fürs Smartphone“, FR-Wirtschaft vom 9.12.

Sie berichten über das altersspezifische Konsum- und Ausgabeverhalten bezüglich Handys. Die jüngere Generation investiert wesentlich mehr in den neuen Status Handy, obwohl sich es viele gar nicht leisten können. Die ältere Generation wird von Ihnen als „knauserig“ hingestellt. Sie sollten sich einer Wertung enthalten. Man kann sich damit auseinandersetzen, ob permanenter Konsum, Shopping als Freizeitbeschäftigung, fehlende Nachhaltigkeit und stetes Wachstum zeitgemäß sind. In Zeiten, wo Werbefuzzis der Gesellschaft aufschwätzen, was sie angeblich braucht, auch wenn es noch so unnützlich ist, hätte es gereicht festzustellen, dass Ältere möglicherweise vernünftiger sind, also ihre Handys länger nutzen und eventuell hinterfragen, ob der Gegenwert gerechtfertigt ist.

Johannes Gutschker, Odernheim

### SORRY

Am 15. Dezember haben wir gemeldet, dass die neue Verfassungsrichterin Rhona Fetzer am BGH zunächst für das Miet- und Kaufrecht zuständig war („Drei Neue für Karlsruhe“, Seite 6). Sie war aber immer in diesem Senat, von 2022 an als Vorsitzende.

# MU\_FRDLES02\_4c - B\_164440

